

URGENT ACTION

FÜHRENDE MITGLIEDER DES ÄRZTEVERBANDS INHAFTIERT

TÜRKEI

UA-Nr: **UA-016/2018-1** Al-Index: **EUR 44/7814/2018** Datum: **30. Januar 2018** – mr

DIE MITGLIEDER DES TÜRKISCHEN ÄRZTEVERBANDS:

Herr **RAŞIT TÜKEL**
Herr **SEZAI BERBER**
Herr **SINAN ADIYAMAN**
Frau **SELMA GÜNGÖR**
Frau **ŞEYHMUS GÖKALP**

Herr **HANDE ARPAT**
Frau **AYFER HORASAN**
Herr **TANER GÖREN**
Frau **FUNDA OBUZ**
Herr **YAŞAR ULUTAŞ**
Herr **NAZIM YILMAZ**

Am 30. Januar inhaftierte die Polizei elf Mitglieder des Zentralrats des Türkischen Ärzteverbands im Rahmen eines strafrechtlichen Ermittlungsverfahrens. Das Verfahren wurde nach einer Erklärung des Verbandes eröffnet, in der er die Beendigung des türkischen Militäreinsatzes in Afrin in Nordsyrien gefordert hatte. Die Elf müssen umgehend und bedingungslos freigelassen werden.

Am Morgen des 30. Januar durchsuchte die Polizei den Hauptsitz des Türkischen Ärzteverbands (Türk Tabipleri Birliği – TTB) sowie die Wohnungen des Verbandsvorsitzenden Raşit Tükel und zehn weiterer Ärzt_innen, die zum Zentralrat des TTB in der Hauptstadt Ankara und sieben weiteren Provinzen gehören. Die Polizei inhaftierte sie dann im Zuge ihrer Ermittlungen wegen „Propaganda für eine terroristische Vereinigung“ und „Anstiftung der Öffentlichkeit zu Hass oder Feindseligkeit“. Die Ermittlungen wurden aufgrund einer Strafanzeige des Innenministeriums und mehrerer Regierungssprecher_innen aufgenommen, in der sie die TTB wegen ihrer Erklärung vom 24. Januar mit dem Titel „Krieg beeinträchtigt die öffentliche Gesundheit“ verurteilen.

Laut Angaben eines Rechtsbeistands des TTB, wird damit gerechnet, dass die zuständige Staatsanwaltschaft die außerhalb von Ankara inhaftierten Mitglieder des Zentralrats zur Befragung in die Hauptstadt bringen lässt. Die Rechtsbeistände des Verbandes legen gerade Rechtsmittel gegen die Inhaftierung der Ärzt_innen ein.

Nach seiner Erklärung zum Militäreinsatz in Afrin erhielt der TTB eine Vielzahl von Drohungen per Telefon, E-Mail und in den Sozialen Medien. Am 26. Januar hatte der Verband beim Gouverneur von Ankara einen formalen Antrag auf Schutz gestellt. Bis zum 30. Januar wurde dem TTB dieser Schutz nicht gewährt.

Das in der türkischen Verfassung verbriefte Recht auf freie Meinungsäußerung gilt auch für die Erklärung des TTB, mit der er die Beendigung des türkischen Militäreinsatzes fordert: Die Ausübung dieses auch in internationalen Menschenrechtsnormen verbrieften Rechts darf keine Strafverfolgung der TTB-Mitglieder nach sich ziehen.

HINTERGRUNDINFORMATIONEN

Am 24. Januar veröffentlichte der Türkische Ärzteverband (Türk Tabipleri Birliği – TTB) eine Erklärung, in der er die Beendigung des türkischen Militäreinsatzes in Afrin in Nordsyrien fordert. Der Militäreinsatz läuft seit dem 20. Januar 2018 und richtet sich gegen den bewaffneten Flügel der Autonomen Kurdischen Verwaltung (kurdisch: Yekîneyên Parastina Gel – YPG, die Volksschutzeinheiten) in Afrin. Die türkische Regierung beruft sich dabei auf Verbindungen der Kurdenmiliz YPG zur bewaffneten Kurdischen Arbeiterpartei PKK. Die türkischen Streitkräfte und die in der Türkei verbotene PKK führen schon seit Jahrzehnten eine bewaffnete Auseinandersetzung.

AMNESTY INTERNATIONAL Sektion der Bundesrepublik Deutschland e. V.

Urgent Actions

Zinnowitzer Straße 8 . 10115 Berlin

T: +49 30 420248-0 . F: +49 30 420248-321 . E: ua-de@amnesty.de . W: www.amnesty.de/ua

SPENDENKONTO 80 90 100 . Bank für Sozialwirtschaft . BLZ 370 205 00

BIC: BFSWDE33XXX . IBAN: DE23370205000008090100

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



Der Zentralrat ist der Exekutivausschuss der Organisation und besteht aus dem Vorsitzenden und Vertreter_innen der Ärztevereinigung in den Provinzen.

Nach Artikel 19 des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte und Artikel 10 der Europäischen Menschenrechtskonvention ist die Türkei als ihr Vertragsstaat ebenso wie nach Artikel 26 der türkischen Verfassung zum Schutz des Rechts auf freie Meinungsäußerung verpflichtet.

SCHREIBEN SIE BITTE

E-MAILS, FAXE ODER LUFTPOSTBRIEFE MIT FOLGENDEN FORDERUNGEN

- Bitte lassen Sie Raşit Tükel und die zehn Mitglieder des Zentralrats des Türkischen Ärzteverbandes TTB umgehend und bedingungslos frei.
- **An den Innenminister und Gouverneur von Ankara:** Stellen Sie bitte unverzüglich den bereits vom TTB beantragten wirksamen Schutz für seine Mitglieder, Angestellten und Büros bereit.
- **An den Justizminister:** Stellen Sie bitte sicher, dass umgehend eine umfassende, unparteiische und unabhängige Untersuchung der Drohungen gegen den TTB durchgeführt wird.

APPELLE AN

JUSTIZMINISTER

Mr Abdulhamit Gül
Kızılay Mahallesi, Milli Müdafı Cd.
06420 Çankaya/Ankara, TÜRKİE
(Anrede: Dear Minister / Sehr geehrter Herr Minister)
Fax: 90 (0312) 419 33 70
E-Mail: info@adalet.gov.tr

KOPIEN AN

BOTSCHAFT DER REPUBLIK TÜRKİE

S. E. Herrn Ali Kemal Aydın
Tiergartenstr. 19-21
10785 Berlin
Fax: 030 275 90 915
E-Mail: botschaft.berlin@mfa.gov.tr

GOUVERNEUR VON ANKARA

Mr Ercan Topaca
Hacı Bayram Mahallesi, Armutlu Sokak, Valilik Binası,
Ulus, Altındağ, Ankara, TÜRKİE
(Anrede: Dear Governor / Sehr geehrter Herr Gouverneur)
Fax: (0090) 312 306 6670
E-Mail: über Online-Formular
<http://www.ankara.gov.tr/ankara-valisine-mesaj>

INNENMINISTER

Mr Süleyman Soylu
İçişleri Bakanlığı
Bakanlıklar
Ankara, TÜRKİE
(Anrede: Dear Minister / Sehr geehrter Herr Minister)
Fax: (0090) 312 418 1795

Bitte schreiben Sie Ihre Appelle **möglichst sofort**. Schreiben Sie in gutem Türkisch, Englisch oder auf Deutsch. Da Informationen in Urgent Actions schnell an Aktualität verlieren können, bitten wir Sie, nach dem **13. März 2018** keine Appelle mehr zu verschicken.

Weitere Informationen zu **UA-016/2018** (EUR 44/7796/2018, 26. Januar 2018)

PLEASE WRITE IMMEDIATELY

- Calling on the authorities to ensure the immediate and unconditional release of Raşit Tükel and 10 members of the Central Council of the Turkish Medical Association.
- Urging the Minister of Interior and the Governor of Ankara to provide immediate protection for TTB's members and offices, as requested by the organization.

Calling on the Minister of Interior to ensure that a prompt, thorough, impartial and independent investigation is carried out into the threats of violence received by the TTB

**AMNESTY
INTERNATIONAL**

